

"Herumschnüffeln" ist nicht ihre Sache

Autor(en): **Bachmann, Monika**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **105 (2008)**

Heft 3

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840264>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

«Herumschnüffeln» ist nicht ihre Sache

Die Berner Agglogemeinde Köniz verschärft die Kontrollen in der Sozialhilfe. Sie beteiligt sich an einem entsprechenden Pilotprojekt des Kantons. Sozialvorsteher Ueli Studer stösst damit bei den Sozialarbeitenden nicht auf Begeisterung.

Der Könizer Gemeinderat Ueli Studer (SVP) sagt es gleich vorweg: «Was in Zürich und Bern passiert ist, hätte auch uns widerfahren können.» Studer spricht in seiner Funktion als Sozialdirektor. Und er meint damit jene Fälle von Sozialhilfebeziehenden, die landesweit unter dem Begriff «BMW-Fälle» bekannt sind. Deshalb habe er sich umgehend beim Berner Regierungsrat Philippe Perrenoud (SP) gemeldet, als er vom kantonalen Pilotprojekt hörte, das neue Kontrollinstrumente in der Sozialhilfe testet (s. Box). Für Ueli Studer war klar: «Köniz muss mitmachen.» In seiner Rolle als Aufsichtsperson schaut Studer regelmässig einzelne Dossiers von Sozialhilfebeziehenden an. Dabei hat sich beim «Nicht-Fachmann», wie er betont, ein mulmiges Gefühl entwickelt: «Man konnte mir gewisse Fragen nicht befriedigend beantworten», sagt er. Dann bringt er das Beispiel eines selbstständig erwerbenden Taxichauffeurs, dessen Einkommen von den Sozialarbeitenden nicht seriös abgeklärt werden könne. Solche Fälle haben den Sozialdirektor alarmiert, zumal auch Abteilungsleiter Walter Haag eingestehen muss, dass man bei solchen Fragen – also vor allem bei Schwarzarbeit – kaum weiterkomme. Ueli Studer ist deshalb zur Überzeugung gekommen, dass die Sozialarbeitenden von anderen Fachleuten und mit anderen Methoden unterstützt werden müssen, um die Lebens- und Arbeitssituationen von Klientinnen und Klienten sorgfältig zu überprüfen: Köniz ist somit die einzige der vier Berner Pi-

lotgemeinden, die auf verdeckte Ermittlungen setzt. Ueli Studer korrigiert allerdings diesen Begriff: «Wir sprechen in Köniz von <Beobachtung und Überwachung>».

RICHTIG ODER FALSCH?

Das mulmige Gefühl macht sich inzwischen auch bei den Sozialarbeitenden bemerkbar. Sie sei zwar froh, sagt Gruppenleiterin Sabine Kaufmann, dass bei «undurchsichtigen Fällen» externe Fachleute beigezogen werden könnten. Im gleichen Atemzug betont sie aber, dass sie mit den nun zum Einsatz kommenden Sozialinspektoren ihre liebe Mühe hat. «Ist dies das richtige Kontrollinstrument?», fragt sie sich. In Köniz sei bereits bis anhin sehr gut kontrolliert worden, ist sie überzeugt. Dann zählt sie eine ganze Liste von Instrumenten auf, wie etwa die doppelte Überprüfung der Situation bei Fallaufnahme, regelmässige interne Dossierkontrollen und -wechsel, Fallbesprechungen, Inter- und Supervisionen, Zielvereinbarungen und Handlungspläne sowie den Beizug von medizinischen Fachpersonen. Zudem fordere man im konkreten Fall bei Drittstellen wichtige Dokumente an und frage Informationen ab. Natürlich fühle sie sich nicht gut, sagt Sabine Kaufmann, wenn sie einen Verdacht auf Schwarzarbeit habe. Doch auch solche Situationen gehörten zum Job. Im konkreten Fall konfrontiert sie den Klienten, investiert mehr Zeit für Abklärungen und Gespräche. Sabine Kaufmann ist davon überzeugt, dass die Sozialarbeitenden ihre Arbeit ohne die Unterstützung von Inspektorinnen und Inspektoren machen könnten, wenn sie dafür ausreichende personelle Mittel bekämen.

«WIR GEBEN NUR GELD AUS»

Sozialarbeiterin Sara Fontanive, die ebenfalls ins Projekt involviert ist, geben die neuen Massnahmen zu denken, weil damit das Vertrauensverhältnis zwischen Klientin und Sozialarbeiterin beeinträchtigt werde. Auf der anderen Seite aber ist sie froh, dass nicht sie selbst diese unangemeldeten Hausbesuche durchführen und «im Privatleben der Leute herumschnüffeln» muss. Hausbesuche könnten zudem auch ein Risiko darstellen, da manche Klienten ein gewisses Gewaltpotenzial an den Tag legten. Die Gemeinde Köniz delegiert diese Aufgaben nun, wie auch die Pilotgemeinden Biel und Ittigen, an private Firmen, die entsprechende Dienstleistungen anbieten. Die beiden Fachfrauen Kaufmann und Fontanive werden also zukünftig mit Angestellten dieser Firmen zusammen-



Politisch breit abgestützt, von der Basis kritisiert: Ueli Studer (l.) und Walter Haag.

Bilder: Béatrice Devènes



arbeiten, wenn sich in einzelnen Fällen ein diffuses Gefühl breitmacht und sich ein konkreter Verdacht erhärtet. Ihre Begeisterung hält sich in Grenzen: «Viel lieber würde ich ressourcenorientiert und auf die Integration der Betroffenen hin arbeiten», betont Sara Fontanive. Dies sei das Ziel jeder Fachperson der Sozialhilfe. Dass der Entscheid der politischen Verantwortlichen aber in eine andere Richtung geht, kann sie sich erklären: «Unser Metier hat in der Öffentlichkeit einen schlechten Status. Wir vertreten Leute, die keine Lobby haben.» In der Bevölkerung glaube man, die Sozialarbeit gebe nur Geld aus.

GEFÄLLE UNTER DEN BETROFFENEN

Die Könizer Sozialberatung hat im April, als das Projekt gestartet wurde, ein Schreiben an alle Klientinnen und Klienten versandt und die Betroffenen über die neuen Kontrollinstrumente der Sozialhilfe informiert. Sie wissen nun, dass bei ihnen jederzeit ein Inspektor anklopfen kann. Abteilungsleiter Walter Haag betont, dass solche Schritte nur bei erhärtetem Verdacht eingeleitet würden und die Abklärungen, welche die externe Firma durchführt, in enger Absprache mit der zuständigen Sozialarbeiterin zu erfolgen habe. Sara Fontanive und Sabine Kaufmann haben die Reaktionen der Sozialhilfebeziehenden entgegengenommen: Einige hätten das Schreiben zum Beratungsgespräch mitgebracht und gesagt: «Bitte übersetzen oder erklären Sie mir das.» Andere – vor allem Schweizerinnen und Schweizer – hätten gesagt: «Ja, kommen Sie nur zu mir, überzeugen Sie sich davon, dass ich niemanden betrüge.» Fontanive beobachtet unter den verschiedenen Klientengruppen eine gewisse Skepsis: «Die Schweizer verdächtigen die Ausländer, Sozialhilfe zu missbrauchen, und die Ausländer verdächtigen die Schweizer, mehr Sozialhilfe zu erhalten als sie selber.»

EINE CHANCE SEHEN

Sozialvorsteher Ueli Studer will die «wirklich Bedürftigen und damit die Sozialhilfe als letztes Netz» schützen. Das Image der Sozialhilfe sei schlecht und der Druck auf sie enorm gestiegen, weil gewisse Leute mit einer «Anspruchshaltung» auf die Sozialhilfe zuzugingen. Diese Menschen will er von ihr fernhalten, deshalb setzt er verstärkt auf Kontrollen. Bei dieser Gelegenheit betont der SVP-Mann, dass diese Haltung nichts mit Parteipolitik zu tun habe – im Gegenteil: «Der rot-grüne Könizer Gemeinderat hat das Projekt einstimmig gutgeheissen.» Er erwartet deshalb von den Sozialarbeitenden, dass sie im Pilotprojekt eine «gewisse Chance» sehen und die neuen Instrumente als «Unterstützung annehmen» können. Abteilungsleiter Walter Haag kann den leisen Widerstand der Fachleute zwar nachvollziehen und erwähnt, man habe «eine gewisse Überzeugungsarbeit» leisten

Würden lieber ressourcenorientiert und auf die Integration der Betroffenen hin arbeiten: Sozialarbeiterin Sara Fontanive und Gruppenleiterin Sabine Kaufmann (r.).

müssen. Zumal die betroffene Klientengruppe einen sehr kleinen Teil ausmache. Dennoch glaubt er, dass die neuen Massnahmen notwendig sind, um die Glaubwürdigkeit der Sozialhilfe zu stärken. Er stellt aber klar: «Sie drücken ganz bestimmt kein Fehlverhalten der Sozialarbeit aus.» Gruppenleiterin Sabine Kaufmann zeigt sich kooperativ, wenn auch zurückhaltend. Sie sagt: «Ich bin sehr gespannt auf die Ergebnisse.» ■

Monika Bachmann

DAS BERNER PILOTPROJEKT

Von April bis Oktober 2008 wird im Kanton Bern ein Pilotprojekt mit dem Namen «Abklärung Subsidiarität, unrechtmässiger und missbräuchlicher Sozialhilfebezug» durchgeführt. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) hat das Projekt aufgrund verschiedener politischer Vorstösse, die im Grossen Rat zum Thema eingereicht wurden, lanciert. Am Projekt sind die vier Gemeinden Bern, Biel, Ittigen und Köniz beteiligt. Im Rahmen des Projekts testen die Pilotgemeinden unter anderem den Einsatz von Sozialinspektorinnen und -inspektoren. Die GEF stellt es den Sozialdiensten frei, ob sie Sozialarbeitende intern mit dieser Spezialaufgabe betrauen oder eine externe Institution mit dem Sozialinspektorat beauftragen. Ziel des Projekts ist laut der GEF, «neue Erkenntnisse zu den verschiedenen Formen missbräuchlichen Verhaltens zu erhalten und mögliche Massnahmen und Methoden zur Erkennung und Bekämpfung von Missbrauch zu definieren und zu prüfen». Mit ersten Ergebnissen ist Ende 2008 zu rechnen. Die Kosten für das Pilotprojekt trägt vollumfänglich der Kanton.